

DIESE GRÜNEN!



ATOMAUSSTIEG UND ENERGIEWENDE IN WUPPERTAL

LEBHAFTE PODIUMSDISKUSSION IN DER BÖRSE



Im Grundsatz waren sich ja alle einig: Einen schnellen Atomausstieg wollten alle PodiumsteilnehmerInnen am 31. Mai in der Börse. Über die Gestaltung der Energiewende wurde dagegen kontrovers diskutiert.

Einstieg in den Ausstieg

Auf Einladung der GRÜNEN Ratsfraktion hatten sich VertreterInnen der Politik, von ver.di, den Wuppertaler Stadtwerken und Greenpeace getroffen. Der Termin war gut gewählt, wurde doch am selben Tag der Vorschlag der Bundesregierung zum Atomausstieg bekannt.

Dr. Hermann Ott, GRÜNER Bundestagsabgeordneter, berichtete zu Beginn über die aktuellen Ereignisse. So habe die Bundesregierung beschlossen, bis 2022 das letzte Atomkraft-

werk abzuschalten, das bisherige Ausbauziel 35% Erneuerbare Energien bis 2020 solle jedoch nicht erhöht und der Wegfall von Atomenergie solle durch den Neubau fossiler Kraftwerke kompensiert werden. Ott bewertete den Beschluss der Bundesregierung als falschen Weg, der den Umstieg auf Erneuerbare Energien und das Erreichen der Klimaschutzziele erschwere. Insbesondere mit dem Bau von neuen Kohlekraftwerken werde der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben.

Ausstieg vor Ort

Klaus Lüdemann, Stadtverordneter der GRÜNEN, ergänzte, dass ein Umstieg bei der Stromversorgung auf Erneuerbare Energie im Bergischen Land bis 2030 möglich sei. Da in Wuppertal demnächst das Kohlekraftwerk Elber-

feld vom Netz gehen werde, müsse man sich bereits heute Gedanken machen, wie es ersetzt werden könne. Möglich sei ein Gaskraftwerk oder besser noch, die wegfallende Kohlekraft durch Windkraftanlagen, Solaranlagen oder Bürgerkraftwerke zu ersetzen.

Für Georg Weber von Greenpeace kommt der Atomausstieg 2022 viel zu spät, neue Kohlekraftwerke als Brücke zur Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien seien nicht notwendig. Die neuen Kohlekraftwerke wie Datteln und Wilhelmshaven seien mit einem Wirkungsgrad von 46% höchst ineffizient. Es solle besser in die Region investiert werden als in Großprojekte. Er schlug einen Energie-Bürgerstammtisch vor und forderte einen Masterplan für die Energiewende im Bergischen Land.

Energie sparen und mehr Effizienz

Prof. Hüttenhölischer von den Wuppertaler Stadtwerken (WSW) betonte, dass die WSW bereits in Kraftwärmekopplung und Fernwärme investiere, auch in Windkraft, Wasserkraft und andere regenerative Energien. Überaus wichtig sei das Energiesparen. Er wünsche sich eine deutlich höhere Zahl an WSW Grün Strom-KundInnen und eine höhere Akzeptanz der Erneuerbaren Energien. Er verwies auf den NRW-Umweltminister Rammel, der angekündigt habe, die Windenergieerzeugung in NRW zu verfünffachen. Der SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Bell stellte klar, dass die Wuppertaler Stadtwerke in ihrem Strommix lediglich einen Anteil von 7% Kern-

energie ausweisen. Dieser Anteil werde gegen Null tendieren, wenn erst das neue Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven ans Netz gehen werde. Die Energiepolitik der rot-grünen Landesregierung in NRW ziele darauf ab, erneuerbare Energien verstärkt auszubauen. Bei der Gebäudesanierung müsse es deutlich schneller vorangehen. Ebenso sei es notwendig, ein Gesamtenergiekonzept zu erstellen, die dezentrale Energieversorgung auszubauen sowie Energie einzusparen.

Kohle als Brückentechnologie?

Für Grit Genster von ver.di und Arbeitnehmervertreterin im Aufsichtsrat der Wuppertaler Stadtwerke seien die fossilen Energieträger als Brückentechnologie genauso notwendig wie eine bezahlbare Stromversorgung. Sie sähe nicht, dass der Partner der WSW, GDF Suez, Einfluss auf die Energiepolitik des Unternehmens nähme, im Gegenteil, die WSW profitierten vom Know How des Partners, beispielsweise im Bereich der Energieeffizienz.

Auch aus dem Publikum kamen zahlreiche Wortmeldungen. So wurde deutlich, dass VerbraucherInnen Mehrkosten für die Energiewende bereit wären zu zahlen, wenn sie zielgerichtet verwendet würden. Es wurde darüber hinaus eine Bürgerversammlung mit Fachleuten ohne Beteiligung von Politikern gefordert, auch mehr Möglichkeiten, sich an Bürgerkraftwerken zu beteiligen und in erneuerbare Energien investieren zu können. Viele BürgerInnen seien bereit, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir leben in besonders interessanten Zeiten: dass Deutschland aus der Atomenergie aussteigt ist sicher, um die Bedingungen wird gerade auf Bundesebene hart verhandelt. Weil das Thema auch für Wuppertal wichtig ist, haben wir es zu einem Schwerpunkt dieser Ausgabe gemacht. Auch der ständig steigende Flächenverbrauch und die unökologische Ansiedlungspolitik ist für GRÜNE ein Thema, dem wir uns in mehreren Artikeln widmen. Weitere kommunalpolitische Themen kommen natürlich auch nicht zu kurz.

Haben Sie schon einmal versucht, Ihren Urlaub CO₂-arm zu planen? Wir hoffen: Ja! Der CO₂-Ausstoß ist weltweit angestiegen, es ist höchste Zeit für uns alle, einen Beitrag zur Senkung zu leisten, um den Klimawandel einzudämmen.

Wir wünschen Ihnen einen erholsamen Sommer!

Ihr Redaktionsteam

WUPPERTAL STEIGT AUS UND SCHALTET UM

WUPPERTAL KANN DIE ENERGIEWENDE SCHAFFEN

So hatten wir uns die Diskussion zum Atomausstieg im Wuppertaler Stadtrat nicht vorgestellt. Statt inhaltlich zu argumentieren und Lösungen zu finden, haben CDU und SPD mehrheitlich einen Antrag beschlossen, der über Appelle an die Bundesregierung kaum hinausgeht.

Zur Erinnerung: um Wuppertal herum in vielen Städten und Kreisen bis hinein in das Ruhrgebiet haben GRÜNE- und SPD-Fraktionen gemeinsame Anträge zum Atomausstieg eingebracht. Diesen Versuch hat auch die GRÜNE Ratsfraktion in Wuppertal gemacht und Kontakt zur SPD-Fraktion gesucht, um gemeinsam Positionen für konkrete Maßnahmen zu finden. Leider ohne Erfolg, denn die SPD konnte sich nicht durchringen, ohne die CDU etwas zu bewegen. Aus diesem Grund hat die GRÜNE Ratsfraktion am 15.04.2011 einen eigenen Ratsantrag eingebracht. Sieben Schwerpunkte umfasst der GRÜNE Antrag: Damit Wuppertal atomstromfrei wird fordern wir die



Foto: Privat

Wuppertaler Stadtwerke auf, ab sofort auf den Kauf von Atomstrom zu verzichten. Diese Forderung hat z.B. die Stadt Neuss schon umgesetzt.

Eine weitere wichtige Forderung ist

die Energieeinsparung zum Ausgleich der abgeschalteten Atomkraftwerke. Weiter fordern wir die Verwaltung auf, regelmäßig Öffentlichkeits-Kampagnen zum Energieeinsparen zu organi-

sieren, damit die Bürgerinnen und Bürger konkrete Lösungen kennenlernen. Die Förderung erneuerbarer Energien ist ein weiterer zentraler Punkt für die GRÜNEN.

Dazu bittet der Rat die Wuppertaler Stadtwerke, regenerative Energien weit stärker als bisher zu fördern und in großen Umfang in Blockheizkraftwerke mit Kraftwärmekopplung und in Windkraft zu investieren.

Dabei ist es der GRÜNEN Ratsfraktion wichtig, dass in Offshore Parks, aber auch in Anlagen im Binnenland investiert wird. Hierbei kommen auch die Höhenzüge des Bergischen Landes in Betracht. Für den Ersatz des Heizkraftwerkes Elberfeld können wir uns ein Gaskraftwerk sowie auch Blockheizkraftwerke vorstellen, die mindestens die gleiche Jahres-Strommenge erzeugen wie bisher, aber auch Windkraft- und Solaranlagen mit Beteiligung der WSW.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

AUS DEM INHALT

Seite 2
Integration meint Miteinander

Seite 3
Handlungsprogramm
Gewerbeflächen

Seite 4
Steuer gegen Armut

Seite 5
Ausbildung für junge Menschen
mit Behinderung

Seite 5
Bürgerbeteiligung light

NICHTS GEHT MEHR

VON AUTOMATEN, DIE SÜCHTIG MACHEN

Nach einer bundesweiten Studie zu pathologischem Glücksspiel sind in Deutschland rund 500.000 Menschen krankhafte Spieler (zu 90% Männer), rund drei Millionen zeigen zumindest ein problematisches Spielverhalten. Die Zahlen steigen kontinuierlich an.

Auf Wuppertal bezogen bedeutet das, in unserer Stadt leben 2000 bis 3500 Menschen mit pathologischem Glücksspielverhalten – über 16 Millionen Euro wurden 2010 in Wuppertal verspielt (vgl. Landesfachstelle für Glücksspielsucht)! Doch die krankhaft spielsüchtigen Menschen verschulden sich nicht nur, sie vernachlässigen auch ihre sozialen Kontakte oder verlieren ihren Arbeitsplatz. Die Selbstmordrate ist bei Glücksspielern im Vergleich zu anderen Suchtkranken besonders hoch. Hilfsangebote nehmen jedoch nur die wenigsten von ihnen in Anspruch – Spielsucht ist ein gesellschaftliches Tabuthema.

Neue Gesetze in Planung

Im September letzten Jahres hat der Europäische Gerichtshof die Bundes-



regierung aufgefordert, konsequenter gegen Automaten Spielsucht vorzugehen. Denn während staatliche Glücksspiele wie Lotto durch den Glücksspielstaatsvertrag strengen Regelungen unterliegen, gelten diese für Spielautomaten nicht.

Unverständlich ist deshalb, dass der Stadtentwicklungsausschuss im April mit großer Mehrheit die Errichtung eines „Entertainmentcenters“ in Langerfeld – eine Spielhalle mit Rahmenprogramm – beschlossen hat. Vor diesem Hintergrund stellten wir im Sozialausschuss eine Anfrage, um zu klären: Welche Möglichkeiten hat die Kommune, die zunehmende Spielsucht einzudämmen? Dazu haben wir ausführliche Antworten bekommen. In Wuppertal gibt es aktuell 86 Spielhallen mit über 800 genehmigten Geldspielgeräten von 43 verschiedenen Betreibern.

Noch mehr Spielhallen in Wuppertal?

Nach wie vor gibt es eine große Zahl von Anträgen oder Anfragen auf Errichtung von Spielhallen, wobei sich die Standorte in den letzten Jahren

verändert haben. Die Tendenz geht weg von der Innenstadt hin zu Randlagen und Gewerbegebieten. Dies ist ein Ergebnis der kommunalen Steuerung durch Bebauungspläne, die entsprechende Vorhaben in der Innenstadt ausschließen. Diese Möglichkeit soll auch weiterhin genutzt werden. Parallel dazu entwickelt eine städtische Arbeitsgruppe ein neues Spielhallenkonzept. Außerdem soll künftig ein Team aus Mitarbeitern verschiedener Geschäftsbereiche über eingehende Anträge entscheiden. Wir sind gespannt auf das Konzept, das auch in den politischen Gremien diskutiert werden sollte.

Wir GRÜNE sind aber auch der Auffassung, dass das Thema Spielsucht – ähnlich wie Drogen- oder Alkoholsucht – aus der Tabuzone heraus geholt werden muss. Deshalb sollte es Aktionstage geben, um das Thema stärker in die Öffentlichkeit zu bringen oder Beratungsangebote sollten stärker beworben werden. Denn Betroffene sind nicht nur die Spielsüchtigen selbst, sondern in den meisten Fällen auch ihre Familie, Freunde und KollegInnen.

WUPPERTAL STEIGT AUS UND SCHALTET UM

WUPPERTAL KANN DIE ENERGIEWENDE SCHAFFEN

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Um die Netz zukunftsfähig zu machen, sind auch bei den Wuppertaler Stadtwerken Investitionen nötig. Mit moderner Technik, Smart Grids genannt, kann die Lastverteilung über den Tag geglättet werden. Auch eine Beteiligung an Pumpspeicherwerken können wir uns vorstellen, um einen Beitrag zur Speicherung von Windkraft zu leisten.

Außerdem fordern wir, dass Wuppertal mit dem strategischen Partner der Stadtwerke GDF Suez diskutiert, wie ein Atomausstieg auch außerhalb Deutschlands umgesetzt werden kann. Hier ist unsere Forderung, dass die WSW auf ihren Partner einwirken, ihre belgischen Atomkraftwerke in Doel und Tihange abzuschalten.

Eine weitere konkrete Maßnahme vor Ort ist eine Energie-Strategie für kommunale Gebäude. Hier sollte über das bestehende Solarenergiekataster eine Liste mit kommunalen Gebäuden veröffentlicht werden, auf denen Investoren Photovoltaikanlagen aufstellen und betreiben können.

Auch für den Eigengebrauch der Verwaltung könnten die Dächer genutzt werden.

Wuppertal soll zusätzlich planungsrechtliche Hemmnisse abbauen. Hier ist in Zusammenarbeit mit dem Land NRW daran gedacht, dass neue Vorrangflächen für Windparks ausgewiesen werden sollen.

Dieser zukunftsweisende Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion wurde von der Ratsmehrheit von CDU und SPD im Rat abgelehnt, der „gemeinsame“ Antrag der beiden großen Fraktionen wurde mehrheitlich beschlossen. Dieser Antrag war in vielen Forderungen sehr unkonkret und sagt unter anderem aus, dass mittelfristig eine atomstromfreie Stromversorgung gewährleistet werden muss, ohne eine konkrete Jahreszahl zu benennen, wann Wuppertal auf Atomstrom verzichten kann. Es zeigte sich wieder einmal, dass die beiden großen Fraktionen von CDU und SPD die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt haben.

Statt gemeinsam in Wuppertal eine zukunftsweisende Energiepolitik voranzutreiben, setzen diese beiden Fraktionen auf Appelle an den Bund und möglichst wenig Veränderungen in Wuppertal.

Somit werden Chancen vertan, um Wuppertal als innovative Stadt zu profilieren.



Cartoon: Harm Bengel

INTEGRATION MEINT MITEINANDER

EINLADENDES WELTCAFÉ DER GRÜNEN



Im Mai lud die GRÜNE Fraktion Mitglieder von Migrantenselbstorganisationen (MSO) zur Diskussion in die Färberei ein, um mit ihnen ein Experiment zu wagen. Die Anwesenden diskutierten in Form eines Weltcafés den Sachstand der Integration in Wuppertal und was noch verbessert werden muss.

An dieser Stelle nur eine kurze Andeutung: Ein Weltcafé als Veranstaltungsform macht es möglich, dass alle Anwesenden zu Wort kommen können. Dazu später mehr.

Zu Beginn der Veranstaltung führten hochrangige und fachkundige Menschen in das Thema ein.

Neues aus NRW

Arif Ünal, integrationspolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion, berichtete über die Vorhaben der Landesregierung NRW zum Thema Integration, wie z.B. die Verbesserung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, die Einführung von islamischem Religionsunterricht ab 2012, das Landesintegrationsgesetz, das im Juni eingebracht wird und das Ziel,

dass jede Stadt und jeder Kreis eine RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) bekommen soll. Dieses Ziel wurde von der Leiterin der Hauptstelle der RAA, Christiane Bainski, natürlich unterstützt. Sie erläuterte den Anwesenden das Konzept der RAAs und betonte die Wichtigkeit von Bildung für eine gelingende Integration. Jürgen Lemmer, Leiter des Ressorts Zuwanderung und Integration, berichtete über die Situation in Wuppertal.

Diskussion erwünscht

Im Anschluss wurden Anstöße der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der MSO in fünf mal fünf wechselnden Gesprächsrunden zu Schwerpunktthemen geäußert. Die zentralen Fragestellungen waren, wie Schulen im Jahr 2020 aussehen sollen, damit Integration erfolgreich umgesetzt ist und was bis zu diesem Zeitpunkt verändert werden muss, damit auch Menschen mit Migrationshintergrund ein gutes Leben im Alter führen können. Eine weitere Frage war

die nach der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen MigrantInnen und Deutschen, welche Angebote fehlen und welche Bedarfe noch berücksichtigt werden müssen.

Die Verbesserung der Stadtteilarbeit gehörte ebenfalls zu den fünf Themen, genauso wie die Frage nach der Attraktivierung der Kultur, damit sie auch für Zugewanderte angenommen wird.

Gelungenes Konzept

Das Experiment Weltcafé ist nach GRÜNER Ansicht, aber auch nach Ansicht der Gäste sehr gut gelaufen. In jeder Diskussionsrunde nannten Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine ganze Menge Forderungen, Wünsche oder Anregungen innerhalb von 10 – 15 Minuten, danach wurde der Thementisch gewechselt, bis jedeR alle Themen einmal diskutiert hatte.

Die GRÜNE Fraktion hat bei der Veranstaltung eine ganze Menge an Anregungen erhalten. Nun werden die Ergebnisse ausgewertet und daraus Initiativen für die städtischen Gremien entwickelt.

HANDLUNGSPROGRAMM GEWERBEFLÄCHEN

REGIONALES STANDORTKONZEPT BERGISCH AUFSTELLEN

Allein statt regional

Wirtschaftsförderung wird in Wuppertal seit 20 Jahren vornehmlich als Flächenpolitik verstanden. „Wir schaffen nur die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.“ ist ein immer wieder gehörter Spruch. Er übergeht die Tatsache, dass die Politik und die Verwaltung in vielen Einzelfällen eben doch direkt Einfluss genommen haben, z.B. bei der Frage der Ansiedlung eines Factory Outlet Centers.

Ähnlich der Ansiedlung von IKEA auf dem Gelände der Fertighausausstellung in Oberbarmen: Oberbürgermeister, CDU, SPD und Wirtschaftsförderung arbeiten auf die Errichtung eines IKEA Home Parks hin. Wir haben als GRÜNE nichts gegen ein Möbelhaus. Ein Homepark ist allerdings mehr: ein Shopping-Center mit 50% IKEA.

Das hätte erhebliche Auswirkungen auf den Einzelhandel in Wuppertal, aber auch auf die Nachbarstädte und im Ennepe-Ruhr Kreis. Noch in diesem Jahr soll der Branchenmix für den Home Park feststehen und dann soll ein Gutachten die Auswirkungen auf den Einzelhandel untersuchen. Wir bedauern, dass die Fertighausausstellung wahrscheinlich Wuppertal verlassen wird.

Bergisches Standortkonzept

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaft hat die Bergische Entwicklungsagentur beauftragt, ein regionales Standortkonzept für die bergische Region zu entwickeln. Das begrüßen wir. In Vohwinkel wird die Notwendigkeit einer regionalen Abstimmung und Zusammenarbeit deutlich: 2 km hinter der Stadtgrenze sind im Solinger Gewerbegebiet Piepersberg 10 ha frei. Solingen möchte in Fürkeltrath weitere 10 ha mit Firmen füllen. Wuppertal möchte zusätzlich zu den 10 ha effektiver Gewerbefläche in Vohrang (am Bahnhof Vohwinkel) wei-



tere 10 ha an anderen Stellen in Vohwinkel entwickeln. Ob all diese Flächen jemals gefüllt werden, ist offen.

Wuppertals Flächenpolitik: wankelmütig, unlogisch, irrational und kurz-sichtig

Wuppertals Flächenpolitik: wankelmütig, unlogisch, irrational und kurz-sichtig

Wuppertals Flächenpolitik setzt vor allem auf Investoren. Zuletzt wurden im Mai einige Dutzend potenzielle Investoren auf der 5. Investorentour zu

den Flächen-Highlights gefahren.

Wuppertals Flächenpolitik ist wankelmütig. Während die Kleine Höhe am Stadtrand zu Velbert zunächst Gewerbefläche werden sollte, dann Wohnbaufläche, sollen dort jetzt Windräder aufgestellt werden. Ob die Fläche dafür optimal ist, muss noch geprüft werden. Zum Glück spart Wuppertal die 16 Mio. Euro Erschließungskosten für beleuchtete Schafweiden.

Wuppertals Flächenpolitik ist unlogisch. Bei der Abstimmung über das lokale Handlungsprogramm Gewerbeflächen haben wir in einem Änderungsantrag 6 Flächen aufgeführt, die auf keinen Fall als Gewerbeflächen entwickelt werden sollen.

Das sind: Kleine Höhe I und II, Haßlinghauser Straße/Hasenkamp, Windhövel/Wittener Straße, Linderhauserstraße/Blumenroth und Westring Süd. Die Ratsmehrheit von CDU und SPD hat entschieden, dass auch diese Flächen im Handlungsprogramm bleiben, die Kleine Höhe trotz des gleichzeitigen Beschlusses zur Prüfung als Windanlagenfläche. Ziemlich unlogisch.

Wuppertals Flächenpolitik ist irrational. Nachdem Gewerbeflächen im Engineering Park auf Lichtscheid für Hightech-Firmen vorgesehen waren, wird dort jetzt eine Spedition angesiedelt und mit dem Label Logistik geadelt. Ob Speditionen zukunftsträchtige Firmen sind, darf nach Erfahrungen mit Insolvenzen und Verlagerungen bezweifelt werden.

Wuppertals Flächenpolitik schaut nicht in die Zukunft. Heute noch große Flächen an produzierende Unternehmen oder Logistik-Firmen zu vergeben, ist kurzsichtig. Wissensbasierte Unternehmen werden in Zukunft Arbeitsplätze bieten und nach Standorten suchen.

Wenn Sie auch Erfahrungen mit der Flächenpolitik in Wuppertal und der Region gemacht haben, schreiben Sie uns.

VIELFALT ERKENNEN UND NUTZEN

Charta der Vielfalt bietet positive Impulse für Wuppertal

Auf Initiative der GRÜNEN wurde in der letzten Ratssitzung der Antrag „Unternehmensinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen. Chancen der Charta der Vielfalt nutzen“ beschlossen.

Mit gesellschaftlicher Vielfalt sind in diesem Zusammenhang vor allem Fragen des Geschlechts, der Nationalität, der ethnischen Herkunft, Religion, Behinderung, des Alter und der sexueller Orientierung gemeint.

Es geht auch um den Abbau von Ungerechtigkeiten und Barrieren. Hier gibt es noch viel zu tun!

Gewinne statt Defizite

Die Charta der Vielfalt stellt jedoch etwas anderes in den Vordergrund: Es geht darum zu erkennen, dass Vielfalt nicht etwa ein Defizit darstellt, sondern vielmehr ein großer Gewinn für die Gesellschaft ist. Wörtlich heißt es in der Charta: „Wir können nur erfolgreich sein, wenn wir die vorhandene Vielfalt erkennen und nutzen!“

Die Idee der Charta der Vielfalt geht ursprünglich auf die Wirtschaft zurück: Zu den Erstunterzeichnern der Charta in Deutschland zählen unter anderem die Deutsche Bank, DaimlerChrysler und die Deutsche Telekom AG.

Die Grundidee der Charta ist einfach zu verstehen: Sie besagt, dass die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung gesellschaftlicher Vielfalt erheblich zum Erfolg von Unternehmen und Organisationen beitragen können.

Bei dieser Aussage handelt es sich nicht um eine bloße Vermutung:

Wertschätzung und Anerkennung führen zu einer größeren Unternehmensbindung und Loyalität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, beeinflussen das Betriebsklima positiv und tragen zur Imageverbesserung bei.

Fit für die Zukunft

Zudem ermöglicht Vielfalt gegenseitige Lerneffekte innerhalb eines Unternehmens oder einer Organisation, beinhaltet zusätzliche Kompetenzen, führt zu innovativen und kreativen Lösungen und kann sogar die internationale Vernetzung fördern und verstärken. Die Charta ist somit ein Instrument, das Unternehmen und Organisationen fit für die Zukunft macht.

Nun sind wir GRÜNEN nicht unbedingt dafür bekannt, alle Ideen der freien Wirtschaft auf die gesamte Gesellschaft übertragen zu wollen. In diesem Fall machen wir jedoch gern eine Ausnahme. Viele der positiven Effekte, die in der Charta beschrieben werden, wünschen wir uns auch für unsere Stadt, für seine Angestellten, aber auch für seine Bürgerinnen und Bürger.

Wir sind übrigens nicht die ersten, die aus diesem Grund der Charta der Vielfalt beitreten wollen. Wie es so schön in der Charta heißt: „Gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft in Deutschland.“ In diesem Sinne haben seit 2006 schon über 700 Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Städte die Charta unterzeichnet. Auch die Bundesregierung hat die Charta begrüßt und somit die Idee der Vielfalt als etwas Positives anerkannt.

Und jetzt auch Wuppertal.

CHANCEN FÜR WUPPERTAL! ENERGIESTADT WUPPERTAL



Thesen von Beate Petersen zu IKEA und den Chancen für die Fertighausausstellung

Lange schon beschäftige ich mich mit erneuerbaren Energien und gelebtem „Denken an morgen“. Durch das Wuppertal-Institut moderierte workshops gaben wichtige Denkanstöße und ließen neue Kontakte entstehen. Als Mitglied in Arbeitskreisen und inzwischen auch einer Genossenschaft im Bereich Elektromobilität gestalten wir die Zukunft aktiv mit!

Die Produktion erneuerbarer Energien durch Sonne und Wind erschloss bereits neue Geschäftsfelder mit Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in der jeweiligen Region. Als die örtliche Presse Anfang 2009 über die Absicht berichtete, einen IKEA-Homepark am Standort der Hausausstellung in W-Nord anzusiedeln zu wollen, verstand ich die Welt nicht mehr! Ist diese Entscheidung nicht viel zu kurz gedacht? Zusammen mit anderen Anwohnern

recherchierten wir, nahmen aktiv Kontakt zu Betroffenen und Entscheidungsträgern auf und informierten vor Ort, dass der noch bestehende sensible Mikrokosmos hier am Stadtrand durch die mögliche Standortwahl für das Einkaufszentrum massiv bedroht ist. Ende 2010 war klar: Dies allein hilft nicht. Die Politik hat bereits entschieden, der Dialog läuft zu langsam an und die Mietzeit der Hausausstellung zu schnell ab. So knüpfte ich Kontakte zu fachkundigen Gleichgesinnten auch außerhalb des Bezirks, um über die Wertigkeit der Hausausstellung zu diskutieren, die lange schon das Image von Wuppertal positiv prägt.

Die Hausausstellung: Ökologisch wertvoll? Ja! Auch ökonomisch wichtig? Ja! Der Standort ist lange etabliert und bietet schon heute positive Außenwerbung kostenfrei dazu. Sie ist zudem ein „Baustein“ in meiner Vision der „Energierstadt Wuppertal“. Hat sie doch viel (noch) ungenutztes Potenzial, Wup-

pertals Image als energie- und umweltbewusste Stadt langfristig zu stärken. Neue Geschäftsfelder liegen hier seit 2009 „auf Eis“:

- Vernetzt mit ortsansässigen Einrichtungen wie z. B. Bergische Universität, Wuppertal-Institut, Energieagentur und Energieberatung könnten energetische Sanierung, Energieeffizienz und die Produktion erneuerbarer Energien dort dauerhaft praxisnah demonstriert und multipliziert werden.
- Weiterentwickelt zum „Bau- und Kompetenzzentrum“ könnte sie auch hier Impulse zur Sicherung regionaler Arbeitsplätze und Wertschöpfung geben und neue schaffen.
- Das Solar-Wettbewerbshaus könnte hier seinen endgültigen integrierten Standort finden.

Über die Stadt verstreute Messen zum Thema Bauen & Energie könnten hier zusammengeführt werden.

Und IKEA? Ist dies mehrheitlich gewollt, so sollte der Standort klug gewählt werden. Nachhaltige Stadtentwicklung hieße: Großflächigen Einzelhandel in der Innenstadt anzusiedeln, wo Konsum stattfindet und Kommunikation sowie Kreativität gelebt werden. Dem Investor sollten dafür Brachflächen bzw. Leerstände angeboten werden.

Aktive Unternehmen wie die Hausausstellung dürfen dadurch nicht verdrängt werden. Gemeinsam sollten wir Bewährtes schützen aber auch Chancen mutig nutzen, die darin für unsere Zukunft in Wuppertal / der Region liegen! Und: Wuppertal schrumpft. Je mehr natürlichen Lebensraum und Individualität wir Wuppertal nehmen, um so mehr Bürger verlassen die Stadt. Ein „Wir-Gefühl“, ein gemeinsames „Leitbild“ könnte dies verhindern.

STEUER GEGEN ARMUT

■ POSSE IN DER RATSSITZUNG

Im Zuge der Bankenkrise fand das Thema Steuern auf Spekulationen immer mehr Unterstützung. Im Jahr 2009 schrieb der Jesuitenpater Jörg Alt einen Brief, mit dem er die Kampagne „Steuer gegen Armut“ eröffnete, die mittlerweile auch international viele AnhängerInnen hat. Seine Idee: Eine Steuer, die sowohl sozial-schädliche Spekulation bestraft, aber zugleich Mittel generiert, um Armut zu bekämpfen und zum Schutz von Klima und Umwelt beizutragen. Die GRÜNE Ratsfraktion fand die Idee hervorragend und wollte, dass Wuppertal sich dieser bundesweiten Kampagne anschließt und die Bundesregierung auffordert, sich für die Umsetzung einer möglichst globalen Steuer stark zu machen. Alle anderen Wuppertaler Fraktionen wurden gefragt, ob sie dabei sind und sich an einem von allen Fraktionen getragenen Unterstützungsantrag die-

ser Kampagne beteiligen würden. Die SPD winkte ab, weil sie grundsätzliche Einwände gegen derartige Zweckbindungen von Geldern hat und stellte damit unter Beweis, dass sie den Sinn der Aktion nicht verstanden hat, denn das Zentrum der Kampagne ist die Verringerung von Armut. Die SPD stellte nun einen eigenen Antrag ohne die Forderung und verfehlte damit komplett den ursprünglichen Zweck der Resolution, auch der Sinn der Beteiligung an einer bundesweiten Kampagne wurde von der SPD nicht wirklich verstanden. Die Linke andererseits übernahm die ursprüngliche Fassung des Jesuitenpaters. Raten Sie mal, welcher Antrag die Mehrheit bekommen hat. Ein Tip: es war nicht der vollständige ... Weitere Informationen über die Kampagne, die Sie auch persönlich online unterschreiben können, gibt es unter www.steuer-gegen-armut.org.



Cartoon: Harm Bengen

JAKOBSTREPPE – SPERRUNG OHNE ENDE?

■ LEIDER KEIN TREPPENWITZ



Die Jakobstreppe mit ihren 155 Stufen ist die längste durchgehend gerade Treppe in Wuppertal und wird in jedem Reiseführer erwähnt. Eigentlich ein charmantes Stück Wuppertal, bietet sie derzeit einen trostlosen Anblick. Bereits seit über zwei Jahren ist sie nun gesperrt. Diese wichtige Verbindung zwischen Nützenberger Straße und Friederich-Ebert-Straße ist für Fußgängerinnen und Fußgänger vom Nützenberg und Briller Viertel der schnelle Weg zur Schwebebahnhaltestelle Pestalozzistraße. Das gilt natürlich auch anders herum: Die Jakobstreppe ist die direkte Verbindung von der Talachse z.B. zum Nützenberg-Park. Bei einem Ortstermin der Stadtverwaltung mit VertreterInnen der Bezirksver-

tretung Elberfeld-West wurde deutlich, dass es sich hier um einen außergewöhnlichen Fall des Sanierungsstaus handelt. So stehen zwar Planung und Mittel von 450.000 Euro bereit, die Wuppertaler Stadtwerke beteiligen sich mit zusätzlichen 200.000 Euro, um gleichzeitig eine Kanalsanierung vorzunehmen. Die Verhandlungen mit den AnliegerInnen sind ebenfalls abgeschlossen – aber es passiert nichts. Grund dafür ist laut Bauunterhaltung der Stadt fehlendes Personal. Die Bauleitung muss die Stadt selbst durchführen, eine Fremdvergabe ist nicht möglich. Die wenigen verbliebenen Fachleute sind aber dermaßen überlastet, dass es keinerlei Angaben zum Zeitpunkt der Sanierung gibt ...

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Anja Liebert, Petra Lückerrath, Klaus Lüdemann, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz, Gerta Siller, Marcel Simon

Gastbeiträge und Kommentare:
Dr. Hermann E. Ott MdB,
klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN
Bundestagsfraktion

Beate Petersen, Mitglied des Vereins
Leben Wuppertal-Nord e.V.

Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Cartoons: Harm Bengen

Satz und Gestaltung:
werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Druck:
talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Auflage: 34.500

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,
Friedrich-Ebert-Straße 109-111; AStA,
Berg. Universität; Behindert - na und?
e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111;
Café Moritz, Höhe 22; Cinema,
Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8;
Katzengold, Untergrünwaldstraße 3;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!

GASTKOMMENTAR: WIE VIEL WACHSTUM KÖNNEN WIR UNS LEISTEN?

■ VON DR. HERMANN E. OTT, WUPPERTALER ABGEORDNETER IM DEUTSCHEN BUNDESTAG UND KLIMAPOLITISCHER SPRECHER DER GRÜNEN BUNDESTAGSFRAKTION

Die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema Wirtschaftswachstum hat ihre Arbeit aufgenommen. Was als Initiative der GRÜNEN begann, in einen gemeinsamen Antrag mit der SPD-Fraktion mündete und schließlich zu einer fraktionsübergreifenden Bundestagskommission führte, heißt nun entsprechend kompliziert und sperrig: „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“.

Da mussten erkennbar eine Menge Perspektiven unter einen Hut gebracht werden! Kernthema: Ist unser Wirtschaftssystem, das untrennbar mit der Maxime des Wachstums verbunden ist, das Zukunftsmodell für eine vernünftige und nachhaltige Entwicklung? Diese Diskussion hat zwar bereits einzelne Ökonomen im 18. Jahrhundert beschäftigt, wirklich dringlich und umfassender wurde sie aber ab den 1970er Jahren – und führte unter anderem ja auch zu der Gründung unserer GRÜNEN Partei! Auslöser waren Donella und Dennis Meadows, die in ihrem „Bericht an den Club of Rome“ konstatierten, dass die Ressourcen der Erde endlich sind und dass die Menschheit die „Grenzen des



Foto: Privat

Wachstums“ bald erreichen würde. Auch konservative Politiker erkannten: „Ein Planet wird geplündert“ (Herbert Gruhl). Auf kulturwissenschaftlicher Ebene stellte Erich Fromm die zentrale Frage nach dem „Haben oder Sein“. Für die meisten Akteure in Politik und Wirtschaft blieben diese Warnungen weitgehend ohne Wirkung, denn der Glaube an unbegrenztes Wachstum und an einen technologischen Fortschritt, der den Ressourcenverbrauch

kompensieren könne, war bequemer. Umso wichtiger, dass der Deutsche Bundestag auf unsere Initiative hin das Thema Wachstum nun gemeinsam bearbeitet. Allerdings besteht bei den existierenden unterschiedlichen Standpunkten natürlich auch immer die Gefahr einer „Verwässerung“. Dass die Arbeit nicht einfach wird, haben wir bereits gemerkt: Mein Vorschlag, als ersten Experten in der Sitzung am 14. März

Dennis Meadows zu laden – DER Experte zum Thema – wurde zunächst mit der Begründung abgelehnt, dass es ein „GRÜNER“ Vorschlag sei. Erst mein beharrliches Nachhaken und persönliche Kontaktaufnahme hat dazu geführt, dass Dennis Meadows nun am 24.10.2011 doch im Plenum der Enquête-Kommission spricht. Insgesamt 17 Bundestagsabgeordnete sind – orientiert an der Größe der Fraktion – Mitglied in der Kommission,

die CDU hat also sechs und wir GRÜNEN haben zwei Mitglieder. Für die GRÜNE Bundestagsfraktion sind Kerstin Andreae und ich benannt worden, als stellvertretende Abgeordnete Valerie Wilms und Thomas Gambke. Weitere 17 Sachverständige sind nach demselben Schlüssel von den Fraktionen nominiert worden. Als Sachverständige haben wir den Umweltpolitikprofessor Martin Jännicke aus Berlin benannt und Prof. Uwe Schneidewind vom Wuppertal Institut. Die Kommission hat ihr Arbeitsprogramm in 5 Projektgruppen aufgeteilt, deren Ergebnisse immer wieder im Plenum zusammengeführt werden sollen. Für uns als GRÜNE ist die Frage am wichtigsten, ob und wie die Entkopplung des Wirtschaftens vom Ressourcenverbrauch erreicht werden kann. Deshalb habe ich die Leitung der Projektgruppe 3 übernommen: „Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung“. Gerne werde ich in „DIESE GRÜNEN“ die LeserInnen auf dem Laufenden halten. Es existiert aber auch eine Mailingliste, die über die Arbeit der Enquête informiert. Wer in diese Liste aufgenommen werden will, schickt mir bitte eine Mail an hermann.ott@bundestag.de.

Euer Hermann Ott

AUSBILDUNG FÜR JUNGE MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

■ STADT MUSS TÄTIG WERDEN!

Zu diesem Ergebnis muss man kommen, wenn man die Antwort der Verwaltung auf die GRÜNE Anfrage im Sozialausschuss vom Mai 2011 unter die Lupe nimmt. Junge Menschen, die es aufgrund von körperlichen oder psychischen Handicaps besonders schwer haben einen Ausbildungsplatz zu finden, können bei der Stadtverwaltung im Bewerbungsverfahren nur bedingt punkten.

Die Situation in Wuppertal

Schaut man sich die Beschäftigungsquote der Menschen mit Behinderung innerhalb der Verwaltung an, so ist zwar die gesetzliche vorgeschriebene Beschäftigungsquote erreicht.

Ursache dafür ist allerdings schlicht und ergreifend, dass im Rahmen der Überalterung des Personals in der Verwaltung vermehrt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter chronischen Erkrankungen leiden und dadurch faktisch den Status der „Schwerbehinder-

ten“ erreichen.

Es mag richtig sein, dass natürlich jede/r AusbildungsbewerberIn gleich behandelt wird und letztendlich die Qualifikation der BewerberInnen ausschlaggebend sein sollte, eine Maximierungsstrategie der Stadt sollte allerdings anders aussehen als bisher. Hier gilt es, wenn man den Leitwert einer „inkluisiven Gesellschaft“ mit vollem Herzen vertreten mag, passgenaue Arbeitsplätze zu schaffen, um gehandicapte Jugendliche nicht im Regen stehen zu lassen. Auch wenn die Verwaltung in Ihrer Antwort darauf hinweist, dass die Anzahl von Bewerbungen von Menschen mit Behinderungen nur 1 bis 2 % des BewerberInnenaufkommens ausmachen, so darf doch kritisch nachgehakt werden, woran dies liegen mag.

Mehr Chancen schaffen

Sind es zu hohe Anforderungen, die gestellt werden oder ist an manchen

Stellen vielleicht auch nicht die Barrierefreiheit, die zum Erreichen des Arbeitsplatzes von Nöten ist, gegeben?

Sicherlich, es gibt durch den Integrationsfachdienst und die Behindertenbeauftragte der Stadt eine Menge an fachlicher Unterstützung und Beratung für die einzelnen Personen und auch Unternehmen bezüglich der Begleitung von behinderten Menschen an ihrem Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stadtverwaltung als einer der größten Arbeitgeber in unserer Stadt bei der Ausbildung von gehandicapten Jugendlichen eine Vorbildfunktion wahrnehmen sollte, damit Inklusion nicht nur ein sozial- und bildungspolitischer Traum bleibt. Denn es geht für sie nicht nur darum, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sondern auch darum, sich als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft anerkannt zu fühlen. Wir werden hier auch weiterhin am Ball bleiben.

ENERGIESPARTIPP DES MONATS:

■ SPÜLMASCHINE SPART ENERGIE UND GELD



Foto: © Wally Kugler, Pixelio.de

Wussten Sie schon, dass Abwaschen teurer und weniger effektiv ist als die Nutzung einer Spülmaschine? Diese schafft bis zu 140 Geschirrtteile in einem Waschgang unter der Nutzung von 10 Litern Wasser und 1,05 Kilowattstunden Strom, neueste Geräte haben eine noch bessere Energiebilanz. Mit der Handwäsche im Spülbecken

verbrauchen Sie für die gleiche Anzahl an Geschirrtteilen rund 40 Liter Wasser und 2,0 Kilowattstunden Strom, die Anschaffung lohnt sich also. Idealerweise brauchen Sie nicht vorzuspülen, entfernen Sie nur die Speisereste. Die Maschine sollte gut gefüllt sein, das 50°C-Programm reicht völlig aus.

BÜRGERBETEILIGUNG LIGHT

■ DARF'S EIN BISSCHEN MEHR SEIN?

An das Thema Bürgerbeteiligung traut sich die große Koalition in Wuppertal nicht so recht heran. Dabei gibt es in der näheren Umgebung Wuppertals ausreichend Beispiele dafür, wie man als Kommune BürgerInnen sinnvoll an politischen Gestaltungsprozessen beteiligen kann. In Essen, Solingen, Köln und Bonn wurden bereits mehrere Haushalte von den Menschen vor Ort mitbestimmt, größtenteils unter ähnlichen finanziellen Voraussetzungen, wie sie die Stadt Wuppertal hat. Trotzdem scheiterte die GRÜNE Ratsfraktion Jahr für Jahr mit ihrer Forderung nach Einführung eines Bürgerhaushaltes am Unwillen von SPD und CDU.

Die kleine Wende

Die vergangene Ratssitzung hingegen brachte in dieser Hinsicht eine Überraschung: erwartungsgemäß wurde der GRÜNE Antrag „Bürgerhaushalt

für Wuppertal“ abgelehnt, anders als in den letzten Jahren brachte die Ratsmehrheit aber einen „eigenen“ Antrag ein, der streckenweise frappierende Ähnlichkeiten zum GRÜNEN Original aufwies. Die entscheidenden Unterschiede bestanden darin, dass das Plagiat wesentlich unpräziser in seinen Zielvorgaben ist (so wurde das Wort „Bürgerbeteiligung“ nicht ein einziges Mal erwähnt), die Rolle des Akteurs ausschließlich der Verwaltung zufallen soll, ohne dass der Rat selbstbewusst vorgeben kann, welche Form der Partizipation man den BürgerInnen anbieten möchte und der von den GRÜNEN geforderte Rechenschaftsbericht der Politik gegenüber den BürgerInnen nach Abschluss des Verfahrens gar keine Berücksichtigung mehr findet.

Ziel verfehlt

Damit wird deutlich, dass Bürgerbetei-

ligung für die große Koalition im Rat keine wesentliche Bedeutung hat. Für die Wuppertaler GRÜNEN hingegen ist sie ein wichtiger Zukunftsfaktor für unsere Stadt, durch die sich die Menschen, die in ihr leben, ernstgenommen fühlen und ihre Vorstellungen und Erfahrungen in die Gestaltung ihres Umfelds mit einbringen können. Dabei wird verstärkte Partizipation nicht als Konkurrenzveranstaltung zur repräsentativen Demokratie verstanden, sondern stellt eine sinnvolle und notwendige Ergänzung dar.

Es bleibt zu hoffen, dass mit der dürftigen Initiative von SPD und CDU ein erster zaghafter Schritt hin zu diesem Ziel gelungen ist.

Es bleibt aber noch viel zu tun, um in Wuppertal endlich ein neues Zusammenwirken von Bürgerschaft und Politik und somit mehr Bürgerfreundlichkeit zu erreichen.

BESUCH AUS DER LANDTAGSFRAKTION

■ VIELE OFFENE FRAGEN AM FETTENBERGER WEG

Norwich Rübe, Landtagsabgeordneter von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, besuchte den BürgerInnenverein Naturlandschaftschutz Deilbachtal e.V., um sich vor Ort über die Massentieranlage am Fettenberger Weg zu informieren. Für Rübe, nebenbei auch aktiver Biobauer im Kreis Steinfurt, war klar: der Bau der Hühneranlage für knapp unter 15.000 Legehennen ist ein massiver Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet. Eine solche Massentieranlage entspricht nicht den GRÜNEN Vorstellungen von bäuerlicher Nutztierhaltung mit Biosiegel. Die im Baugesetzbuch enthaltene Privilegierung der Landwirtschaft sollte auf eine bäuerliche Landwirtschaft ohne Massentierhaltung beschränkt werden. Überrascht zeigte sich der GRÜNE Landtagsabgeordnete auch von der Aussage des BürgerInnenvereins, dass im Genehmigungsverfahren und beim

Bau dieser Anlagen noch einige Fragen unbeantwortet sind. Die Staatsanwaltschaft Wuppertal habe auf Anzeigen gegen den Betreiber beispielsweise wegen Betrug und Subventionsbetrug bisher nicht reagiert.

Auch dem Verdacht, dass der Betreiber eine größere – und damit nicht genehmigungsfähige – Anzahl an Legehennen am Fettenberger Weg eingestallt hat, werde weder von der Stadt Wuppertal noch von der Staatsanwaltschaft nachgegangen.

Dabei hat sich der Petitionsausschuss des Landtages NRW 2010 deutlich geäußert, indem er empfahl, die Beobachtungen der Anwohnerinnen und Anwohner und des Bürgervers ernt zu nehmen. Oftmals hätten sich die Beobachtungen als berechtigt herausgestellt. Wir bleiben an diesem Thema dran und werden Sie weiter informieren.

BAUT 1, 2, 3 – VIELE BAUMÄRKTE

■ NOCH EIN BAUMARKT AUF LICHTSCHEID?

Es gibt in unserem Lande Branchen, die expandieren. Die Baumärkte scheinen in Wuppertal dazu zu gehören. Die Firma Bauhaus hat vor drei Jahren einen Markt in Heckinghausen eröffnet. Nun möchte sie auch noch einen auf Lichtscheid errichten. Der Standort ist aus Bauhaus-Sicht ideal, direkt neben dem dort schon länger bestehenden Hornbach-Baumarkt. Ist das eben Wettbewerb? Nur leider wird für diesen Wettbewerb eine kostbare Fläche überbaut. Und in einigen Jahren gibt es eventuell eine Investitionsruine, wenn einer von beiden Märkten geschlossen wird.

Planerische Voraussetzungen

Die Stadt will für das fünf Hektar große Gebiet zwischen dem Böhrler Weg und der Kreuzung Lichtscheid (L417 / L418) die Voraussetzungen schaffen. Dazu soll die Fläche, die im Gebietsentwicklungsplan bisher als Gewerbe- oder Industriegebiet ausgewiesen ist, künftig als „allge-

meiner Siedlungsbereich“ gelten. Dies würde Einzelhandel ermöglichen. Der Baumarkt würde nach Aussagen aus informierten Kreisen eine Verkaufsfläche von rund 20.000 Quadratmetern haben. Diese Pläne für das nur drei Kilometer von Remscheid entfernte Areal sind aus Sicht der Remscheider Bauverwaltung nicht konsensfähig. Schon bisher kommen zehn Prozent der Kunden des bereits bestehenden Hornbach-Baumarktes aus Remscheid.

Angst vor einer neuen Großstruktur

Mit einem zusätzlichen Bauhaus-Markt besteht die Gefahr, dass eine neue Bau- und Gartenmarkt-Großstruktur entsteht. Die wiederum würde die Remscheider Einzelhandelsstruktur schädigen. Pikant ist die Remscheider Stellungnahme auch, weil Wuppertal gegen den Bau eines Outlet-Centers in Remscheid bisher keine Einwände hatte. Regionale Entwicklung wird weiter für Gesprächsstoff sorgen.

Anzeige

Wenn wuppen, dann richtig!

Regenerative Energie statt Kohle und Atomkraft



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
KREISVERBAND WUPPERTAL
WWW.GRUENE-KVWUPPERTAL.DE

RATSCHRONIK MAI

Wuppertal steigt aus und schaltet um - Kein gemeinsamer Atomausstieg!

Die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN versuchte, zur Ratssitzung am 23.05.2011 alle Fraktionen für einen gemeinsamen Antrag zu Atomausstieg und Energiewende zu gewinnen. CDU und SPD lehnten ab, deshalb gab es einen Antrag „GRÜN pur“. Beschlossen wurde leider eine weichgespülte Absichtserklärung von CDU und SPD zum Atomausstieg, die an der Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken festhält und kein verbindliches Bekenntnis zur Energiewende beinhaltet.

Damit hat der Rat der Stadt es versäumt, ein klares Bekenntnis zum notwendigen Ausstieg aus der Atomenergie und Einläuten der Energiewende hier in Wuppertal abzugeben.

Steuer gegen Armut

Im Zuge der Bankenkrise fand das Thema Steuern auf Spekulationen immer mehr Unterstützung. 2009 schrieb der Jesuitenpfarrer Jörg Alt einen Brief, mit dem er die Kampagne „Steuer gegen Armut“ eröffnete, die mittlerweile auch international viele AnhängerInnen hat. Eine Steuer, die sowohl sozialschädliche Spekulation bestraft, aber zugleich Mittel generiert, um Armut zu bekämpfen und zum Schutz von Klima und Umwelt beizutragen.

Die GRÜNEN nahmen die Anregung



auf und wollten einen von allen Fraktionen getragenen Unterstützungsantrag dieser Kampagne im Rat stellen. Die SPD aber winkte ab, weil sie grundsätzlich gegen eine Zweckbindung von Geldern ist und stellte einen eigenen, entsprechend verkürzten Antrag. Unsere sozialpolitische Sprecherin Ilona Schäfer hat das Vorgehen

der SPD im Rat als Possenspiel bewertet. Infos über die Kampagne gibt es unter www.steuer-gegen-armut.org

Charta der Vielfalt in Unternehmen

Die „Charta der Vielfalt“ ist eine Initiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen. Wesentlich ist ein grundlegendes Bekenntnis zur Fairness

und Wertschätzung von Menschen in Unternehmen.

Dem Aufruf der GRÜNEN sind alle anderen Fraktionen gefolgt und haben in der Ratssitzung einen gemeinsamen Beschluss auf Beitritt zur Charta der Vielfalt gefasst. Durch die Unterzeichnung verpflichtet sich die Stadt Wuppertal, ein Arbeitsumfeld zu schaffen,

das frei von Vorurteilen und Ausgrenzungen ist. Nähere Informationen können Sie unter www.charta-der-vielfalt.de sehen.

GRÜNE für vorsorgende Jugendpolitik

Die schwarz-rote Kooperation kürzt offene Kinder- und Jugendarbeit, das ist das Ergebnis von Verhandlungen, die der Kämmerer Dr. Slawig (CDU) mit der Regierungspräsidentin in Düsseldorf geführt hat. In der Summe wird der städtische Personalansatz bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit um 10% gesenkt. Aus fachlicher Sicht für eine Großstadt wie Wuppertal ein unhaltbarer Sparansatz zu Lasten der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt.

Schulentwicklungsplanung für Förderschulen

Die Stadt schreibt alle 10 Jahre die Schulentwicklungspläne fort, dazu ist sie gesetzlich verpflichtet. Turnusgemäß müssen aktuell die Förderschulen weiter entwickelt werden. Zur entsprechenden Vorlage der Verwaltung stellten die GRÜNEN einen Änderungsantrag, dass der Plan um einen Inklusionsplan ergänzt und bis dahin keine Schulschließungen vorgenommen werden sollen. CDU und SPD waren leider nicht zu überzeugen und lehnten auch diesen Antrag selbstherrlich ab.

WUPPERTAL – EINE ARME STADT?

MEHR INFORMATIONEN ERWÜNSCHT

Ob Wuppertal wirklich eine arme Stadt ist, das möchte die GRÜNE Ratsfraktion gerne genauer wissen, und hat deshalb zur letzten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses den Antrag gestellt, dass die Verwaltung einen detaillierten Armutsbericht vorlegen möge. Aus GRÜNER Sicht müssen zuerst Informationen her, bevor weitreichende Entscheidungen in der Sozialpolitik gefällt werden. In welchen Stadtvierteln und Quartieren gibt es Bedarf an Beratung und Qualifizierung? Wie wird der demografische

Wandel hier in Wuppertal gestaltet? Diese und weitere Fragen sollen helfen, eine nachhaltige Jugend- und Sozialpolitik zu gestalten und in konkrete Stadtentwicklung umzusetzen. Unserem Antrag wurde im modifizierter Form gefolgt. So gibt es zwar leider keinen detaillierten Armutsbericht, aber auf ca. 15 Seiten sollen die Veränderungen (seit dem letzten Armutsbericht aus dem Jahre 1998) und die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Wir sind gespannt auf das Ergebnis.

VON WUPPERTAL NACH METTMANN IN EINEM ZUG

DIE REGIOBAHN MUSS ENDLICH VERLÄNGERT WERDEN

Es gibt sie doch, die Themen, bei denen sich alle Fraktionen im Rat einig sind. Mit einer gemeinsamen Resolution fordern alle Fraktionen die Landesregierung, die Regiobahn und den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr auf, endlich die Voraussetzungen für die Verlängerung der Linie S28 von Mettmann nach Wuppertal zu schaffen.

Wie so oft hängt es an den Finanzen, denn die Stadt Wuppertal hat aufgrund der Haushaltslage keine Mittel, um sich an den Kosten für die Verlän-

gerung dieser erfolgreichen Bahnlinie zu beteiligen.

Die Planungen sind abgeschlossen, eigentlich könnte es also losgehen. Vielleicht findet der Ruf aus Wuppertal ja in Düsseldorf Gehör, denn die wirtschaftliche und verkehrspolitische Bedeutung der Strecke ist allen bekannt.

Für Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV wäre es eine echte Verbesserung und auch die Unternehmen entlang der Strecke profitieren von einem attraktiven Angebot.



Foto: Privat

MENSCHEN NICHT AM RAND STEHEN LASSEN!

KÜRZUNG DES INTEGRATIONSBUDGETS HAT WEITREICHENDE FOLGEN

In den vergangenen Jahren waren sie oft das rettende Ufer für viele junge und ältere Menschen in Wuppertal, die versucht haben, wieder im Arbeitsleben Fuß zu fassen: die sog. Arbeitsgelegenheiten, die umgangssprachlich wohl besser als 1-Euro Jobs bekannt geworden sind.

Viele „Ein-Euro Jobs“ in Gefahr

Durch die Arbeitsgelegenheiten konnten immerhin ein Teil der Maßnahmen-Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Sprung zurück in den 1. Arbeitsmarkt schaffen, für viele andere haben diese „Jobs“ aber auch viel positives gebracht, nämlich das Gefühl, wieder gebraucht zu werden und einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen und der sozialen Isolation zu entgehen.

Das war die Vergangenheit. Die Zukunft sieht diesbezüglich weitaus weniger rosig aus. Die Bundesregierung plant im Rahmen des Bundes-

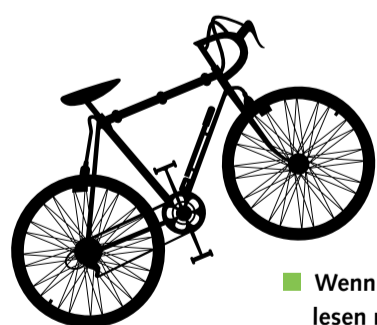
haushaltes 2011 eine Kürzung der Mittel im Bereich Arbeitsgelegenheiten von derzeit 16 Mio. Euro auf 5 Mio. Euro für Wuppertal.

Dem Jobcenter Wuppertal werden weniger Mittel für Eingliederungsprojekte zur Verfügung stehen. Dies ist nicht nur für die einzelnen Menschen ein großer Schlag, sondern hat auch starke Auswirkungen auf die viele Maßnahmen der Wohlfahrtsverbände. 70 bis 80 Prozent der TeilnehmerInnenplätze sollen wegfallen.

Einschnitte in Wuppertal

Mögen einige Leuchtturmprojekte des 2. Arbeitsmarktes wie die „Nordbahntrassenmeisterei“ des Wichernhauses oder der Holzenergiehof der GESA weiter geführt werden, so wird für viele zusätzliche Dienstleistungen schlicht und ergreifend das Geld fehlen. Schon jetzt ist die gute soziale Infrastruktur Wuppertals ohne die zusätz-

lichen Dienste, die durch Arbeitsgelegenheiten möglich waren, stark gefährdet. Denn auch Projekte wie der „Junge Service Oberbarmen“ oder die Angebote der Stadtteilservices in Unterbarmen, Osterbaum etc. oder auch die erst kürzlich wieder eröffnete Bahnhofsmision stehen auf dem Prüfstand. Es bleibt nur zu hoffen, dass diesbezüglich auf bundespolitischer Ebene ein parteiübergreifender Konsens gefunden werden kann, allein der Glaube daran fehlt. Wuppertal würde wieder ein Stück ärmer, und dies nicht nur im übertragenen Sinne.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die GRÜNE Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken oder eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Name _____ Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, dass bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

grün[®]
Keiner wie wir.